

## Expertenhearing IMFK 2016, Diskussionsbeitrag von Tobias Pflüger, Vorstand Die Linke

Ich habe mich bei der ersten Lektüre dieses Textes erst mal gefragt: **Wer ist der Adressat?** Ist es die Bundesregierung? Dann sollte man das glaube ich konkret benennen. Und ich habe mich gefragt, ob man die derzeitigen Bedingungen, unter denen Friedensarbeit stattfindet, nicht konkret benennen sollte.

Zur Zeit passiert ein unglaublich massiver Ausbau von **Auslandseinsätzen der Bundeswehr**. Seit dem Syrien- Einsatz wird jetzt Stück für Stück ein Einsatz nach dem nächsten kommen. Ich halte das für einen Paradigmenwechsel. Es ist der dritte Kriegseinsatz, den dieses Land nach denen in Jugoslawien und in Afghanistan betreibt, und es ist eigentlich völlig klar, dass man jetzt gegen diesen Kriegseinsatz mobilisieren muss. Wir müssen ihn benennen als eine neue Rahmenbedingung – und um das geht es – unter der unsere Friedens- und Antikriegsarbeit läuft. (Beifall)

Ich denke, dass wir uns auch mit der deutschen Rolle auseinander setzen müssen. Und die geht in die Richtung, dass Deutschland meint, es müsse wieder eine Weltmacht sein – oder um einen geschichtlichen Begriff zu nehmen: um einen Platz an der Sonne zu bekommen. Das hat hier in München mit der berühmt-berüchtigten Rede von Herrn Gauck begonnen.

Ich glaube, es ist völlig klar, dass wir **keine Weltmacht** werden wollen, und ich meine, dass man so etwas in einem solchen Manifest benennen sollte. (Beifall)

Im Konkreten: Es geht um die Stärkung der UN und der OSZE, genau so ist es auch im Programm der LINKEN festgehalten.

Aber zu der Formulierung, dass Militäraktionen ohne Mandat des Sicherheitsrates problematisch seien und zu unseren Zielen in krassem Widerspruch stünden, will ich sagen: Wir haben als LINKE bewusst die Praxis, dass bei der Beurteilung das UN-Mandat eine Rolle spielen soll, aber dass selbstverständlich auch Militär- und Kriegsaktionen mit UN-Mandat abgelehnt werden müssen. (Beifall)

**Ganz wichtig ist die Benennung quantitativer und qualitativer Aufrüstung.** Genau das erleben wir gerade bei der Bundeswehr, dass insbesondere die kriegsführungsfähigen Teile immer weiter ausgebaut werden.

Ein Beispiel dafür ist das 130-Milliarden-Euro-Programm, das Ursula von der Leyen jetzt gerade angekündigt hat. Das bezieht sich auf die investiven Teile des sogenannten Verteidigungshaushalts. Der ist im Moment zwischen 3,5 und 5 Milliarden hoch und soll, wenn man die Beträge auf die einzelnen Jahre umrechnet, etwa 9 Milliarden betragen. 9 Milliarden mehr, insbesondere für Waffen. Gerade das aber ist eine unerträgliche Aufrüstung, die Ursula von der Leyen da betreibt – und die muss man auch genau so benennen. (Beifall)

Der Bereich der **Rüstungsexporte** ist hier – wie ich meine – gut beschrieben. In der LINKEN hatten wir dazu eine interessante Debatte. Rüstungsexporte müssen selbstverständlich verboten werden, aber das reicht nicht aus. Wir müssen auch an die Rüstungsproduktion heran. Deshalb steht inzwischen im Programm der LINKEN, dass wir ein Verbot der Rüstungsproduktion und eine Umwandlung der militärischen in eine zivile Produktion wollen. (Beifall)

Bezüglich der Freihandelsabkommen ist schon sehr viel Wichtiges gesagt worden. Diese Freihandelsabkommen sind ja sehr häufig konfliktauslösend. Nur ein Stichwort dazu: Das EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine ist ebenfalls ein Freihandelsabkommen. Und dieses stand ja unmittelbar am Beginn dieses Konflikts und war nicht unwesentlich verantwortlich für seine Eskalation.

Die Freihandelsabkommen lehnen wir logischerweise ab, und zwar sowohl die großen wie TTIP, TETA etc. als auch die kleinen von den EPAs bis hin zu diesem Assoziierungsabkommen.

Zu der hier vorgeschlagenen **Polizei-Truppe**: In der LINKEN sieht es so aus, dass die Frage von einer Minderheit diskutiert wird; die Mehrheit sagt, dass sie die Polizei-Truppe nicht wolle. Meine eigene Position dazu: Ich glaube, dass wir hier auf den politischen Diskurs aufpassen müssen. Genau die Verschiebung, die Sie gerade vorgenommen haben, nämlich hin zu den Kampfeinheiten, erscheint mir ganz gefährlich. Sie haben von Kapitel VII-Einheiten gesprochen, und genau das ist – wenn ich den Text richtig verstehe – explizit nicht gemeint. So kann der

Diskurs schief laufen, das heißt man schafft dann doch Akzeptanz für das, was wir nicht wollen.

Deshalb sage ich: Diese Idee kann man zwar einbringen, aber ich persönlich bin da sehr skeptisch, weil sie den Diskurs verschiebt und weil sie de facto dafür sorgen kann, dass Stück für Stück die Akzeptanz von Militäreinsätze steigt.

Letzter Punkt: **Die Rahmenbedingungen**, die ich anfangs genannt habe, sind mir sehr wichtig. Vermutlich findet ja auch wegen dieser Rahmenbedingungen diese Sicherheitskonferenz hier statt. Wir erleben diese Bedingungen gerade mit der NATO als einem Kriegsführungsbündnis mit dem Artikel V, der seit 2001 nach wie vor in Kraft ist. Die Europäische Union ist auch ein Militärbündnis – spätestens seit der Lissabon-Vertrag in Geltung ist – hier Artikel 42.7. Hollande hat ihn nun quasi aufgegriffen als Begründung für den Militäreinsatz, an dem sich Deutschland jetzt auch beteiligt. Und ganz wesentlich: Die Bundeswehr ist ein Instrument dieser Kriegspolitik – und das müssen wir benennen.

Deshalb sagt die LINKE klar NEIN zu sämtlichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Im Programm der LINKEN steht auch, dass das Ziel eine Welt ohne Armee sei.

Ich persönlich hätte ja gerne die Bundeswehr abgeschafft. Das ist noch etwas Anderes als eine Welt ohne Armee.

Vor allem halte ich es für ganz wichtig, dass wir die neue Rolle der Bundeswehr deutlich machen: **Die Bundeswehr ist ein Interventionsinstrument, das für die Kriegsführung da ist.** Und diese Bundeswehr sollten wir gemeinsam ablehnen.

Vielen Dank.

Stand 2.6.2016, Abschrift Gertrud Scherer, Redaktion T.Rödl